

Sechzig Jahre CDU:
Eine Würdigung
aus europäischer Sicht

Partei der Einigung Europas

Viviane Reding

„Wir Christliche Demokraten arbeiten für ein geeintes Europa, das demokratisch, föderal und bürgernah organisiert ist.“ So steht es im Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Eine Würdigung von sechzig Jahren CDU bliebe daher ein Torso, ließe sie dabei die zentrale Bedeutung außer Acht, welche die CDU in den vergangenen Jahrzehnten für die europäische Integration entfaltet hat und bis heute entfaltet. Die Sicherung von Frieden und Freiheit in einem vereinten Europa ist stets Leitmotiv für die deutschen Christdemokraten gewesen. Das Eintreten für starke europäische Institutionen und eine Vertiefung der europäischen Integration sind Markenzeichen deutscher Christdemokraten gewesen, die mir in den vergangenen Jahren im Europäischen Parlament oder auch in meiner Eigenschaft als Mitglied der Europäischen Kommission begegnet sind. Die CDU hat auf diese Weise die europäische Einigung entscheidend mitgestaltet. Man kann guten Gewissens sagen: Die CDU ist die Partei der europäischen Einigung.

Die Partei der europäischen Einigung

Aus europäischer Sicht ist die CDU untrennbar mit den Meilensteinen der europäischen Integration verbunden. Es war Konrad Adenauer, der erste Vorsitzende der CDU, der die europäische Integration zum Kernelement des politischen Programms sowohl der CDU als auch der Bundesrepublik Deutschland insgesamt machte. Durch sein Engagement für die deutsch-französische Ver-

ständigung legte Bundeskanzler Adenauer zugleich die politischen Fundamente für die Gründung der Montanunion und der Europäischen Gemeinschaften. Sein politischer Enkel Helmut Kohl bahnte in den neunziger Jahren den Weg zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, zur Einführung des Euro als einheitlicher europäischer Währung und schließlich zur Öffnung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands leistete die CDU auf diese Weise einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Teilung unseres europäischen Kontinentes.

Die wichtige Rolle der CDU in der Europapolitik beruht darauf, dass ihre maßgeblichen Politiker sich stets für die Gemeinschaftsmethode einsetzten. Für deutsche Christdemokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die demokratische Verantwortung des Europäischen Parlamentes gestärkt werden muss; dass Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat gerade in einer erweiterten Union zur Regel werden müssen, wenn die gemeinsame Ausübung von Souveränitätsrechten in Politikbereichen von übernationaler Bedeutung funktionieren soll; und dass eine starke Europäische Kommission der Motor der europäischen Integration sein und über die Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Regeln wachen muss – ohne Ansehen der Größe oder wirtschaftlichen Bedeutung eines Mitgliedstaates. Gerade Letzteres haben deutsche Christdemokraten immer wie-

der bei den Verhandlungen auf europäischen Gipfeln oder im Europäischen Parlament zum Ausdruck gebracht: den Respekt vor dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller EU-Mitgliedstaaten, der gerade die kleineren Mitgliedstaaten der Union regelmäßig zu den engsten Verbündeten deutscher Europapolitik gemacht hat.

Die CDU hat schließlich dazu beigetragen, dass auf europäischer Ebene wirtschaftlicher Wettbewerb und die Grundlagen des europäischen Gesellschaftsmodells stets miteinander in Einklang gebracht werden konnten. Es ist im Wesentlichen ein Verdienst der CDU, dass tragende Elemente der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung – das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft – nach und nach auch in die europäische Politik Eingang gefunden haben.

Die CDU als treibende Kraft in der Europäischen Volkspartei

CDU-Politiker haben nicht nur aus nationalen Funktionen in Bonn und Berlin heraus europäische Politik mitgestaltet. Die CDU hat sich vielmehr schon früh dafür eingesetzt, dass christdemokratische Politik auch auf europäischer Ebene organisiert wird. 1953 waren es deutsche CDU-Politiker, welche in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemeinsam mit Christdemokraten aus den übrigen fünf Gründerstaaten eine 38 Mitglieder zählende Christlich-Demokratische Fraktion begründeten, die damit zur stärksten Fraktion in diesem ersten parlamentarischen Gremium der Europäischen Gemeinschaften wurde. Die christlich-demokratische Fraktion hatte in der Folge großen Anteil daran, dass 1979 die erste allgemeine Direktwahl zum Europäischen Parlament stattfinden konnte. In diesem direkt gewählten Parlament sind die Christdemokraten zum Ausgangspunkt für die Bildung einer mehrheitsfähigen bürgerlichen Fraktion geworden,

welche seit 1999 als Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP/ED-Fraktion) firmiert. Bei der Europawahl 2004 ist die EVP/ED-Fraktion zum wiederholten Mal stärkste Fraktion im Europäischen Parlament geworden und zählt nun 278 (von insgesamt 732) Mitglieder, von denen 49 der CDU/CSU angehören. Diese starke Position der EVP/ED-Fraktion hat es ermöglicht, dass sowohl der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, als auch acht weitere Mitglieder der Europäischen Kommission – die bei ihrer Ernennung und ihrer politischen Arbeit auf die Unterstützung des Europäischen Parlamentes angewiesen ist – der EVP angehören.

Auch außerhalb des Europäischen Parlamentes hat sich die CDU für eine klare christdemokratische Positionierung in der im Entstehen begriffenen europäischen Parteienlandschaft eingesetzt. Seit 1976 besteht die Europäische Volkspartei (EVP) als Allianz christdemokratischer und verwandter politischer Parteien auf europäischer Ebene, die sich gemeinsam für eine föderale Integration Europas auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen einsetzen. Die EVP lässt sich als Familie der politischen Mitte charakterisieren, deren Wurzeln tief in der Zivilisation des europäischen Kontinentes verankert sind. Auch dank des aktiven politischen Wirkens deutscher Christdemokraten hat sich die EVP – seit 1990 unter Vorsitz des früheren belgischen Premierministers Winfried Martens – dabei als maßgebliche parteipolitische Kraft auf europäischer Ebene erweisen können. Sichtbar wird dies unter anderem bei den Treffen der der EVP angehörenden Staats- und Regierungschefs, die von der EVP regelmäßig vor wichtigen europäischen Gipfeltreffen organisiert werden. Zur politischen Familie der EVP zählen heute die

Die bedeutende Rolle christdemokratischer und konservativer Positionen in Europa zeigt sich auch darin, dass sowohl der Präsident der Europäischen Kommission als auch acht weitere Mitglieder der EVP angehören. Hier José Manuel Durão Barroso.

© dpa, Foto: Benoit Doppagne



Regierungschefs von Österreich, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Portugal, der Slowakei und Slowenien.

Nationale und supranationale Politik stehen für die CDU von jeher in enger Verbindung und ergänzen sich gegenseitig. Institutionell ist dies dadurch abgesichert, dass der Vorsitzende der EVP-Fraktion – seit 1999 ist dies Hans-Gert Pöttering – kraft Amtes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes ist. Der stete Dialog zwischen der CDU-Spitze und den CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist von jeher Voraussetzung für die erfolgreiche Europapolitik der CDU gewesen.

Der wichtige Beitrag der CDU zur Europäischen Verfassung

Wenn man nach dem wichtigsten Beitrag der CDU zur aktuellen Europapolitik

fragt, so steht für mich an vorderster Stelle ihr Einfluss auf den am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichneten Vertrag über eine Verfassung für Europa. Dies bezieht sich sowohl auf den Prozess, in dem die neue Europäische Verfassung zu Stande gekommen ist, als auch auf den konkreten Inhalt des Verfassungstextes.

Im Konvent, in dem die grundsätzlichen Vorüberlegungen über die europäischen Verfassungsfragen stattfanden und der Verfassungstext Artikel für Artikel diskutiert und ausformuliert wurde, stellte die EVP unter Vorsitz des deutschen Christdemokraten Elmar Brok die größte politische Fraktion. Die EVP hatte dabei einen wichtigen Anteil daran, dass die Arbeiten des Konventes in quasi-parlamentarischer Weise organisiert wurden und sich bereits in seiner Anfangsphase auch die politischen Familien als politische Kräfte im Konvent formierten, die

nationale ebenso wie Europaparlamentarier, Regierungsvertreter ebenso wie Kommissare mit einschlossen und so in vielen Fragen zur Keimzelle für den notwendigen politischen Konsens werden konnten. Die gut organisierte EVP bereitete dabei auf mehreren Klausurtagungen eine gemeinsame politische Positionierung ihrer Mitglieder zu den wichtigsten politischen Fragen vor. Inhaltliche Grundlage für die Positionierung der EVP waren das Grundsatzpapier von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers sowie ein von Elmar Brok vorgelegter Vorschlag eines ausformulierten Verfassungsentwurfes. Bereits im Herbst 2002 diskutierte die EVP-Fraktion im Konvent auf dieser Basis konkrete Textvorschläge für einen künftigen Verfassungstext und stellte in der Endphase des Konventes mehrere hundert gemeinsame Änderungsanträge im Konventsplenum, welche den endgültigen Wortlaut des Verfassungstextes ganz wesentlich im Sinne der EVP-Vorstellungen beeinflussten.

Es verwundert daher nicht, dass sich im heutigen Verfassungstext wichtige Grundvorstellungen der CDU und ihrer europäischen Schwesterparteien widerspiegeln. Hierzu zählen die klare Abgrenzung der Kompetenzen von Union und Mitgliedstaaten durch die Kompetenzlisten im Teil I der Verfassung; die politisch gestärkte Subsidiaritätskontrolle, die vor allem den nationalen Parlamenten eine wichtige neue Kontrollmöglichkeit zur Verfügung stellt; die Erweiterung der Mehrheitsentscheidungen; die Bekräftigung des Initiativmonopols der Europäischen Kommission; die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlamentes und die ausdrückliche Erwähnung der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftsverfassungsrechtlicher Grundsatz der europäischen Union. Noch in der Regierungs-

konferenz gelang es vor allem auf Drängen der deutschen Christdemokraten, dass auch der Grundsatz der Preisstabilität in der Europäischen Verfassung verankert wurde – ein wichtiges Anliegen, wenn man mit der CDU die Geldentwertung nicht allein als monetäres, sondern vor allem als soziales Problem begreift.

Erwähnung finden muss schließlich der unermüdliche und nach wie vor andauernde Einsatz der CDU für eine Stärkung der religiösen und christlichen Werte in der Europäischen Verfassung. Auch wenn hierbei nicht alle christdemokratischen Vorstellungen am Ende „eins zu eins“ in den Verfassungstext aufgenommen werden konnten, so sind doch die zahlreichen Spuren unübersehbar, die dieses Engagement im endgültigen Verfassungstext hinterlassen hat. So nimmt die Präambel der Verfassung erstmals auf das religiöse Erbe Europas Bezug. Die Stellung der Kirchen wird in einem eigenen Verfassungsartikel ausdrücklich verankert. Schließlich ist es vor allem der EVP-Fraktion zu verdanken, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union unmittelbar in den Verfassungstext integriert worden ist, an deren Anfang der Schutz der Würde des Menschen steht.

Aus europäischer Sicht ist der CDU zu ihrem sechzigjährigen Bestehen zu wünschen, dass sie auf dem Weg voranschreitet, der sie in den vergangenen sechs Jahrzehnten zu einem unverzichtbaren Element der europäischen Einigung hat werden lassen, und dass sie in diesem Sinne die Entwicklung der Europäischen Union weiterhin federführend und konstruktiv mitgestalten wird. Europa braucht Parteien wie die CDU: moderne Volksparteien, die auf der Grundlage christlicher Werte für ein demokratisches, föderales und bürgernahes Europa eintreten.